AfD-Spitzenkandidat Krah verliert seinen Posten im Bundesvorstand

Der skandalverdächtige AfD-Spitzenkandidat für die EU-Wahl (9. Juni), Maximilian Krah (47), hat nach einem erneuten Auftrittsverbot im Wahlkampf seinen Platz im Bundesvorstand aufgegeben.

Der hatte vorher beschlossen, Krahs dürfe bei allen Wahlkampfveranstaltungen der AfD und anderen Veranstaltungen der Bundespartei nicht mehr auftreten. Ein beispielloser Vorgang in der deutschen Parteiengeschichte.

Immerhin: Der Antrag eines West-Landesverbandes der AfD, Krah komplett die Mitgliedsrechte zu entziehen, wurde abgelehnt. So kurz vor der Europawahl wäre das ein noch größeres Desaster geworden.

Die aktuellen Vorgänge fallen zusammen mit Aussagen der französischen Rechten, die Zusammenarbeit mit der AfD einzustellen. Auch wenn das nicht unerwartet kommt, ist es ein Paukenschlag für die Rechten in Europa, die zuletzt von Wahlsieg zu Wahlsieg eilten. Die Partei Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen bricht endgültig mit der deutschen AfD. Parteichef und Spitzenkandidat Jordan Bardella habe das entschieden, sagte Wahlkampfleiter Alexandre Loubet gestern in Interviews mit der französischen Zeitung "Libération" und die Nachrichtenagentur AFP.

Der Zwist hatte schon vor einiger Zeit begonnen, von Europaabgeordneten aus der rechten ID-Fraktion ist schon länger zu hören, dass der Abgeordnete Maximilian Krah, der zur Europawahl als Spitzenkandidat der AfD antritt, bereits mehrfach Stein des Anstoßes war, und das nicht nur bei Le Pen, sondern auch bei Parlamentariern anderer rechter Parteien in der ID-Fraktion. Dabei ging es u. a. um Ermittlungen gegen Krah wegen ungewöhnlicher Ausschreibungen für eine Auftragsvergabe, dabei geht es um seine offensichtliche Moskau-Nähe und dass vor Wochen ein jahrelanger enger Mitarbeiter Krahs verhaftet worden ist, weil er für den chinesischen Geheimdienst spioniert haben soll, macht die Sache nicht besser.

Im Februar gab es ein Spitzengespräch, zu dem Marine Le Pen die deutsche AfD-Chefin Alice Weidel eingeladen hatte. Dabei ging es um ein angebliches "Geheimtreffen" in Potsdam am 25. November vergangenen Jahres, bei dem sich Unternehmer und Politiker der CDU und der AfD getroffenen hatten. Mit dabei war auch Martin Sellner, Chef der rechten Identitären Bewegung (IB) aus Österreich. Angeblich sei dabei über "Remigration" gesprochen worden, massenhafte Abschiebung auch von Menschen mit deutschem Pass. Hunderttausende zogen daraufhin empört durch die Straßen deutscher Städte und demonstrierten gegen eine vermeintlich bevorstehende Machtübernahme der Rechten. Die meisten der Vorwürfe entpuppten sich bei näherer Betrachtung jedoch als an den Haaren herbeigezogen.

Dennoch war man bei Le Pens RN beunruhigt. Seit Jahrzehnten arbeitet die Partei daran, in Frankreich politische Verantwortung übernehmen zu können. Marine Le Pen ist dabei auch als Person die überragende Figur. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 traf ich mich in Düsseldorf unweit der Kö mit einem damals hochrangigen AfD-Politiker, dessen Namen Sie alle kennen. Ich fragte ihn, wie er die

führenden Köpfe der europäischen parlamentarischen Parteien persönlich einschätze, und er sagte: "Eindeutig die Klügste ist Marine…" Sie hat Ausstrahlung, sie ist klug, sie hat eine Strategie, und sie scheute sich auch nicht, ihre Partei – vormals Front National (FN) ihres Vaters Jean-Marie Le Pen – von einer rechten Maulhelden-Truppe in die Realpolitik der Neuzeit und nahe an die Macht zu führen.

Nun kommt es zum endgültigen Bruch

In einem Interview mit der italienischen "La Repubblica" hat Krah nun wissen lassen, er werde nicht sagen, dass "jeder, der eine SS-Uniform trägt, automatisch ein Verbrecher ist". Jeder – das ist ein großes Wort, man müsste ja alle kennen, um das beurteilen zu können. Aber fest steht: Der Nazi-Kampfverband SS (für "Schutzstaffel") war ein wichtiges Unterdrückungsinstrument der NSDAP, SS-Männer bewachten die Vernichtungslager der Nazis und begingen erwiesenermaßen zahlreiche schwere Kriegsverbrechen. Bei den Nürnberger Prozessen nach dem Krieg wurde die SS zur "verbrecherischen Organisation" erklärt.

Es bleibt Krahs Geheimnis, warum es ihm anscheinend schwerfüllt, sich beim Nazi-Thema mit einem eindeutigen Satz klar abzusetzen. Aber: Nicht jeder, der eine SS-Uniform trage, sei automatisch ein Verbrecher. Das ist schon speziell.

Maximilian Krah ist nicht erst jetzt eine Belastung für seine Partei. Viele Beobachter waren konsterniert, dass man ihn zum AfD-Spitzenkandidaten wählte, statt den schon bisherigen EU-Parlamentarier still und leise auf Platz 3 oder 4 der Liste zu setzen. Dann wäre er sicher wieder drin, aber er stünde nicht dermaßen im Fokus wie jetzt. Die AfD lag noch vor vier Monaten in Meinungsumfragen bei 22 Prozent, nun sind es noch 15. Diesen Einbruch hätte sich die Partei ersparen können, wenn sie einen realpolitischen Weg wie den von Marie Le Pen gehen würde.

AfD-Schelte gegen EU-Krah

Bei der regelmäßigen "Freitagsschalte" des AfD-Bundesvorstands mit den Landesvorsitzenden ging es heute Morgen nach Angaben von Teilnehmern hoch her. Im Mittelpunkt stand dabei der Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, der auch zugeschaltet teilnahm.

Dem warfen die Landessprecher aus Hessen, Rheinland-Pfalz, NRW und Schleswig-Holstein vor, den Wahlkampf der Partei mit seinen Eskapaden zu gefährden. Parteichefin Alice Weidel wird zitiert, Krah mache die Partei "lächerlich" mit seinen Auftritten wie jüngst im bayerischen Holzkirchen. Dort war der Politiker, dessen Verbindungen nach Russland geprüft werden und dessen enger Mitarbeiter Jian G. wegen Spionagevorwürfen für den chinesischen Geheimdienst in Untersuchungshaft sitzt, protzig im offenen Jaquar vorgefahren, flankiert von zwei Dirndl-Fahnenträgerinnen. Ernsthaftigkeit geht anders.

Am Vortag waren ebenfalls Häuser und Büros des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron durchsucht worden, der auf Platz 2 hinter Krah im Juni für das EU-Parlament kandidiert. Gegen Bystron laufen Ermittlungen, er habe sich über einen Mittelsmann mit mehreren zehntausend Euro von Russland schmieren lassen. Durchsucht wurden Bystrons Büros und Wohnungen in Berlin und München sowie eine Finca auf Mallorca.

Die Umfragewerte der AfD zur Europawahl sind innerhab von vier Monaten von 22 auf 15 Prozent gefallen.

Welche Auswirkungen wird das OVG-Urteil auf die AfD und ihre Wähler haben?

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat heute die Berufungsklage der AfD im Streit um die Einstufung der Partei als Verdachtsfall durch den Bundesverfassungsschutz abgewiesen. In dem Prozess ging es in der Berufungsverhandlung um die Frage, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Partei und ihre Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) zu Recht als "rechtsextremistischen Verdachtsfall" einstuft. Schon in der ersten Instanz hatte das Kölner Verwaltungsgericht diese Einstufung des Inlandsgeheimdienstes bestätigt. Nach der heutigen Entscheidung in Münster ist klar, dass die AfD weiter auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden darf.

Die OVG-Richter begründeten ihre Entscheidung u. a. damit, dass der Verfassungsschutz bei seinen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit gewahrt habe, dass das Vorgehen des Verfassungsschutzes mit dem Grundgesetz, dem Europarecht und dem Völkerrecht vereinbar sei. Bei der AfD lägen eindeutig »Anhaltspunkte für demokratiefeindliche Bestrebungen« vor, außerdem verfolge sie Bestrebungen »gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen«.

Welche Auswirkungen das heutige Urteil auf die AfD als Partei aber auch zukünftige Wahlergebnisse haben wird, ist jetzt überhaupt nicht absehbar. Geschichtskundige Leser werden sich allerdings erinnern, dass der Niedergang der rechten Republikaner in den 90er Jahren damit begann, dass die Partei als rechtsextremer Verdachtsfall behandelt wurde. Viele bürgerliche Konservative zogen sich daraufhin zurück, besonders Beamte und Menschen in gehobenen Positionen, die etwas zu verlieren haben.

Die Republikaner waren erfolgreich, versammelten Millionen Wähler hinter sich

Aber sie erlangten nie die Stärke, die die AfD seit Jahren in den deutschen Parlamenten hat. Auch wenn sie ausgegrenzt und ihre Abgeordneten mit teilweise unfairen Mitteln aus dem politischen Diskurs

draußen gehalten werden, so ist die AfD heute eine politische Größe in Deutschland, gerade in den Umfragen gleichauf mit den Grünen, die seit 20 Jahren die politische Agenda in diesem Land dominieren. Und die Parteien, die wir immer noch "Etablierte" nennen, haben dem bei den Grünen wenig entgegenzusetzen.

Gerade deshalb ist das Jahr 2024 so spannend, wo das traditionelle deutsche Parteiensystem aufgebrochen werden kann, wo die Freien Wähler eine auch bundesweit wahrnehmbare politische Kraft ist, wo mit Sahra Wagenknechts BSW sicher eine neue Partei in unsere Parlamente einziehen und dabeisitzen wird, wenn die politischen Karten neu gemischt werden. Und rechts gibt es da ja auch noch die konservative WerteUnion (WU) des früheren Verfassungsschutz-Chefs Hans-Georg Maaßen. Die Partei haben Manche schon abgeschrieben nach öffentlichen Streitereien in der Folge des Gründungsparteitags. Aber Totgesagte leben länger, wie der Volksmund weiß. Erst am Wochenende haben sich die neuen Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Brandenburg der WerteUnion gegründet. Parteichefin an Rhein und Ruhr ist die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel, schon als Sprecherin des konservativen Berliner Kreises in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine resolute Streiterin für Familienwerte und anderes Konservatives, die auch keinem Zank mit der damals mächtigen Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Weg ging. Wie könnte die Union heute dastehen, wenn sie auf Pantel, Maaßen und andere gestandene Konservative zugegangen wäre und sie eingebunden hätten in den Neuaufbruch unter Friedrich Merz. Aber geschenkt, es gibt kein Zurück...

Was macht eigentlich Herr Krah?

Maximilian Krah, schillernder Spitzenkandidat der AfD bei der Europawahl, tritt wieder öffentlich auf. Das ist sein gutes Recht, auch wenn sich viele politische Beobachter und sogar AfD-Funktionäre/Abgeordnete fragen, warum die Partei ausgerechnet diesen Mann zum Spitzenkandidaten wählen musste. Bei all den Geschichten, die man sich so erzählt, bei den Ermittlungen wegen...sagen wir...verdächtiger Ausschreibungsangebote für die Fraktion in Brüssel. Oder wegen seiner...sagen wir...vertrauensvollen Kontakte nach Moskau und Peking.

Wenn man Herr Krah, der ja jetzt bereits Europaabgeordneter ist, unbedingt wieder im Parlament haben will, warum nicht Platz 2 oder 3 oder 4?

Ich glaube, es ist die unerschütterliche Wagenburgmentalität, die in der AfD herrscht.

Alles, was der politische Gegner behauptet, was der Staatsfunk und der linke Medienstream senden und schreiben, denken wir uns einfach weg.

Beim aktuellen Wahlkampfauftritt Krahs in einem Gasthaus im bayerischen Holzkirchen, wo nach

Presseberichten kaum Besucher, aber Horden von Journalisten, dabei waren, fuhr der AfD-Spitzenmann in einem Jaguar vor, wurde durchgehend begleitet von zwei Hostessen im Dirndl mit je einer AfD- und Deutschlandfahne. Sozusagen als lebende Raumdekoration. t-online schreibt, die beiden Damen hätten sich auf Russisch unterhalten.

Vielleicht auch ein bewusster Gag. ist der Ruf ernst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert – auch als Politiker.

Krah ließ sich unterdes in Holzkirchen mit einigen Fans im Jaguar ablichten.

Und der Skandal, dass Kahs früherer enger und langjähriger Mitarbeiter Jian G. vermutlich Spion des chinesischen Geheimdienstes ist – er sitzt jetzt in Untersuchungshaft – wird in AfD-Kreisen so umgedeutet...

Jian G. war wohl vor Jahren Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, also des deutschen Inlandsgemeindienstes. Krah sagt nun in Holzkirchen, er sei das eigentliche "Opfer einer Ausspionage". Weil: Der Verfassungsschutz habe versäumt ihn vor Jian G. zu warnen.

Darauf muss man erstmal kommen.

Aber die paar Dutzend AfD-Besucher in Holzkirchen sind zufrieden. Die Mächtigen in Brüssel wollten nicht, so Krah, dass im Wahlkampf über Öko- und Genderwahn oder den Krieg gesprochen werde: "Ihr sollt Spione suchen", ruft der AfD-Mann, und sein Publukm klatscht und johlt.

Ob die Wähler da draußen den fröhlichen Krah so wahrnehmen, wie er das gerne hätte, darf bezweifelt werden. Gerade hat INSA in seiner aktuellen Parteien-Abfrage den schlechtesten Wert seit Monaten für die AfD ermittelt: 15,6 Prozent. Aber, halt...das sind ja 4,6 Prozent mehr als bei der Europawahl 2019. Ein großer Erfolg, oder?

Allerdings sind es auch sieben Prozent weniger als die Umfragen noch vor sechs Monaten prognostizierten.

Aber ist eh egal, INSA ist ja sowieso auch so ein System-Institut. Erst wenn sie wieder 25 Prozent für die AfD ermitteln, dann kann man sie wieder ernstnehmen...

Von Rauch und Feuer: Der "Fall Krah" und wie die AfD jetzt reagiert

"Arbeitet die AfD gegen Deutschland", so fragt allen Ernstes SPIEGEL online heute auf seiner Startseite.

Was für ein Quatsch.

Betreiben AfD-Politiker wie Chrupalla und Gauland, die am 8. Mai vergangenen Jahres den Kotau beim Botschafter in der russischen Vertretung machten, das Geschäft Russlands? Die Frage kann, nein muss man schon stellen. Parteisoldaten schließen jdtzt schnell die Reihen, die Sprachregelung ist leicht gefunden: Alles eine böse Intrige des politischen Gegners und der Mainstreammedien mit dem Ziel, der AfD bei der Europawahl zu schaden. Immerhin liegt die Parei in aktuellen Umfragen derzeit bei 15 Prozent – sieben weniger als noch vor Monaten.

Wo Rauch ist, da ist auch Feuer

Das behauptet jedenfalls der gern zitierte Volksmund. Und die Fälle häufen sich, zumindest die Aufdeckung von Fällen wie die des Assistenten des EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Der Ex-Mitarbeiter sitzt in einer Zelle, weil er für den chinesischen Geheimdienst spioniert haben soll. Mit Wissen Krahs? Der bestreitet das entschieden und hat den langjährigen Vertrauten gekündigt. Was anderes hätte er jetzt auch machen können?

Es gäbe viele Geschichten zu erzählen, von seltsamen Ausschreibungsunterlagen in Brüssel und von Paketen, die in Tschechien übergeben wurden – Sie als Zeitungsleser kennen das alles.

Ob das aber alles wirklich auch dieses Mal von den AfDlern mildtätig lächelnd durchgewunken wird, das halte ich für unwahrscheinlich.

Eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, patriotisch zu sein – *Deutschland zuerst!* – und wo es Politiker gibt, die unter Verdacht stehen, gegen Geld für andere Staaten zu arbeiten, da wird eine Rote Linie überschritten.

Wenn die AfD das nicht ernst nimmt, dann wird sie dieses Mal ein Problem bekommen, ganz davon abgesehen, von den anständigen Kandidaten und den vielen ehrenamtlichen Wahlkämpfern, die sich am Wahlabend durch diese Fälle um die Früchte ihrer Arbeit betrogen sehen könnten.

So, es ist Sonntag, ich schaue gleich mal im Internet, ob die ersten "Berichte" die Runde machen, dass eigentlich die Amerikaner hinter all dem stecken. Glauben Sie mir, ein kleiner Teil unserer Bevölkerung würde auch diesen Unfug glauben…

CSU, WerteUnion und AfD - in dieser Reihenfolge

Meine Bürgerlich-Konservativen Stammtische überall in Deutschland vor Corona haben bei 30 Veranstaltungen von Hamburg bis München, von Erfurt bis Wiesbaden, von Dresden bis Düsseldorf mehr als 1000 Gleichgesinnte, jung und alt, Schwarze und Blaue zum Gespräch an den Tisch gebracht. Wie sich das gehört wurde offen geredet und dabei Bier getrunken.

Seit meinem Umzug nach Brandenburg vergangenes Jahr habe ich die Veranstaltungsreihe wiederbelebt: Werder, Stahnsdorf, Potsdam, Neuruppin – und das Interesse ist ungebrochen hoch. Mein dritter Stammtisch in den vergangenen zwei Wochen fand vorgestern in München statt. Volle "Wildererstube" im Augustiner, manche bekannte Gesichter, aber auch viele neue Interessenten. Frustrierte Konservative aus verschiedenen Parteien, die nicht mehr wissen, wen oder was sie wählen sollen in diesen Zeiten des Umbruchs. Eine Stammleserin der ersten Stunde meines Blogs Denken Erwünscht war beschwerlich angereist, eine wunderbare Dame, die auch heute noch fast jeden Tag im Forum mit uns allen die Klingen kreuzt. Mit zwei Gläsern Hellen vereinbarten wir, das es Zeit ist, uns zu duzen. Ein schwieriger Moment für mich, da ich ja als Katholik die Fastenzeit ohne Alkohol überstehen wollte. Aber, was soll ich sagen: der Geist ist willig, doch das Fleisch ist schwach. Zum zweiten Mal seit Beginn der 40 Tage wurde ich schwach. Das erste Mal war am Tag des Gründungsparteitages der WerteUnion auf einem Schiff auf dem Rhein. Da konnte ich dem Glas Sekt auch nicht widerstehen.

Am Morgen nach dem Münchner Stammtisch traf ich – wie jedes Mal – einen CSU-Politiker im Spaten-Haus an der Staatsoper – ohne Alkohol – und erzählte ihm vom Vorabend-Stammtisch, bei dem wir am Schluss eine geheime Abstimmung über unsere Parteipräferenzen veranstalteten. "Was meinst Du, wie da abgestimmt wurde?", fragte ich meinen Freund, und er antwortete mit leicht frustriertem Gesichtsausdruck. "Bestimmt Mehrheit rechts."

Nicht wirklich

Stärkste Partei in der Gaststube bei meinem Stammtisch war die Union mit rund 40 Prozent, gefolgt von der WerteUnion, für die an diesem Abend zwei neue Mitgliedsanträge ausgefüllt wurden. Auf Platz 3 die AfD mit rund 20 Prozent der Anwesenden.

Abstimmungen machen Spaß, wenn Rote und Grüne nicht auf dem Zettel stehen. Wirklich!

Übrigens der nächste Stammtisch ist für den 22. April in Düsseldorf geplant. Wer dabei sein will: Mail an kelle@denken-erwuenscht.com!

+++Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Großer Umbruch im Osten - im September werden die Uhren neu gestellt

+++Freie Medien sind nur dann frei, wenn Sie es ermöglichen, frei zu bleiben+++Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18 für unsere Arbeit+++

Das Parteiensystem in Deutschland wird jetzt aufgebrochen, davon bin ich weiter überzeugt. Wagenknecht mit ihrem Kurs Sozialismus, verbunden mit restriktiver Migrationspolitik wird 2024 sicher in Europaparlament und drei Landtage einziehen. Wie stark und ob überhaupt die WerteUnion von Hans-Georg Maaßen ins politische Getümmel eingreifen kann, ist jetzt noch nicht absehbar. Die Partei, so sagen verschiedene Demoskopen, hat in Ostdeutschland ein Potential von 7 bis zu 10 Prozent.

Weil die Partei, die gerade erst gegründet worden ist, bei vielen Instituten noch nicht abgefragt wird, steht sie auch meistens nicht in den bunten Kacheln mit den Prozent-Balken der Parteien. Wenn also in Thüringen "Sonstige" ausgewiesen werden mit acht Prozent, dann kann sich jeder selbst überlegen, was sich wohl dahinter verbirgt: Freie Wähler, Bündnis Deutschland oder eben auch die WerteUnion mit zwei, drei Prozent – was ich für wahrscheinlich halte. Bürger für Thüringen ist seit dieser Woche raus, die haben einstimmig beschlossen, sich aufzulösen und der WerteUnion anzuschließen. Die BfTh lagen zuletzt in Umfragen bei 2,5 Prozent.

Thüringens Ministerpräsident und Edelkommunist Bodo Ramelow, von seinen Bürgern mitsamt Rot-Rot-Grün vor Jahren abgewählt, ist immer noch im Amt. Dank der Freistaat-CDU, die der linken Versager-Koalition nach dem Kemmerich-Spektakel, zum Weiterregieren verhilft. Übrigens ein klarere Verstoß gegen einen einstimmigen Bundesparteitags-Beschuss der CDU, der jegliche parlamentarische Zusammenarbeit der Union mit SED/Linken und AfD ausschließt. Aber irgendwie hält das Adenauer-Haus in Berlin nur die "Brandmauern" nach rechts ein.

Nur hat der abgehalfterte Ramelow eine tolle Idee verkündet. Nach der kommenden Landtagswahl werde er dem BSW Wagenknechts auch der CDU ein Koalitionsangebot machen, wenn es die Zahlen hergeben. Dann könnte er weiter auf seinem gemütlichen Sessel in der Erfurter Staatskanzlei kleben bleiben. Wagenknecht würde das sicher ohne zu zucken mitmachen. Sie weiß, wie Machtpolitik funktioniert. Wenn sich die CDU aber auf so einen Kuhandel einlässt, dann können sie am Morgen danach ihren Laden dichtmachen. Die "Partei der Einheit" im Bett mit den SED-Nachlassverwaltern? Ein ekelhafter Gedanke.

Ein FDP-Politiker wagt eine eigene Meinung

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser scharf kritisiert. Ihr "Kampf gegen 'Rechts" scheine ein Kampf gegen das Recht zu werden, sagte der streitbare

Liberale.

"Ich hätte mir nie träumen lassen, dass eine sozialdemokratische Innenministerin selbst zu einer Gefahr für die Demokratie wird", urteilte Kubicki jetzt über Bundesministerin Nancy Faeser (SPD) in einem Gespräch mit der BILD. Mit der "Delegitimierung staatlicher Institutionen" könne Kritik am Handeln staatlicher Akteure nahezu beliebig in die Nähe der Staatsgefährdung geschoben werden.

Bereits im Januar hatte der Bundestagsvizepräsident für Aufsehen und Stirnrunzeln in den eigenen Koalitionsreihen gesorgt, als er sowohl die Streichung von finanziellen Mitteln für die AfD als auch Forderungen nach einem Verbot der Partei zurückwies.

"Wer möchte, dass die AfD wieder von der Bildfläche verschwindet, sollte bessere eigene politische Angebote machen und nicht ständig von einem Parteiverbot reden", sagte er da gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Exkommunion für AfDler

In einer weiteren Eskalations-Stufe in Sachen staatsnahe Dienstleistungen, hat die Deutsche Bischofskonferenz gestern alle Katholiken in der AfD zu Menschenfeinden, Nationalchauvinisten und Rechtsextremisten erklärt. Die Bischöfe verbieten ihnen, in der Kirche liturgisch tätig zu sein.

"Anstatt für Klarheit und Einigkeit der Gläubigen zu sorgen, stiften die Bischöfe lieber noch mehr Verwirrung und Zwietracht im eigenen Haus und in der Gesellschaft, als ihr unsägliches Agieren in Sachen Synodaler Weg das ohnehin schon geschafft hatte", lautet die scharfe Replik der AfD-Kirchenpolitikerin Nicole Höchst im Deutschen Bundestag.

Sie hegt starke Zweifel, ob solche pauschalen Quasi-Exkommunikationen gläubiger Katholiken kirchenrechtlichen Bestand haben können und kündigt heute an, bei den "zuständigen römischen Dikasterien des Heiligen Stuhls anfragen, ob die deutschen Bischöfe auch ohne Rechtsgrund zur Verurteilung einzelner Katholiken befugt sind, die der AfD angehören."

Ich bin gespannt auf die Antwort aus Rom. Kirchen sollten sich einmischen, wenn es um politische Fehlentwicklungen in der Politik zum Beispiel beim Lebensschutz oder bei Familie geht. Aber sie sollten sich strikt aus parteipolitischen Geklüngel heraushalten.

Die WerteUnion im Kreuzfeuer: Hält Maaßen das durch?

Der Erste rief gestern Morgen um 6.12 Uhr an. Seitdem explodiert mein WhatsApp-Account und es reiht sich Anruf an Anruf. War's das jetzt mit der WerteUnion? Gescheitert, bevor es losgeht?

Grund für die Aufregung: Markus Krall, wirkmächtigster Libertärer in Deutschland, und Max Otte, erfolgreicher Fondsmanager – beide Bestsellerautoren, sind aus der WerteUnion ausgetreten.

Das fängt ja gut an

...wird der ein oder andere von Ihnen denken. Und in den sozialen Netzwerken überschlagen sich die kritischen, teils hämischen Postings.

Hans-Georg Maaßen, Parteigründer, jahrzehntelang in der CDU und untadeliger Staatsdiener versucht mit (Erklär-)Videos dagegen zu halten. So gut es eben geht.

Viele Leser dort, und auch einige der aufgeregten Anrufer bei mir, dachten, Krall und Otte seien aus der ganz jungen Partei schon wieder ausgetreten. Das stimmt aber nicht. Sie waren Mitglieder des VEREINS WerteUnion, der seit sieben Jahren besteht und auch weiter bestehen wird. Und aus dem sind sie ausgetreten. Nicht aus der Partei, weil sie da gar nicht drin waren.

Doch das ist nur eine Petitesse, eine Randnotiz, denn zweifellos wollen Krall und Otte mit Maaßens Projekt nichts zu tun haben, wie sie dem großen Publikum am Morgen mitteilten. Und das ist zweifellos für HGM ein schmerzhafter Tritt von hinten in die Kniekehlen.

Aber das Experiment WerteUnion ist dadurch noch längst nicht gefährdet.

Abgerechnet wird am Schluss

Das gilt auch und ganz besonders in der Parteipolitik. Wenn die WerteUniton beim Sammeln der Unterschriften zu den Ost-Landtagswahlen scheitern würde – dann wäre Feierabend.

Würde die WerteUnion kandidieren und in allen drei Bundesländern an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern – dann könnten sie am Montagmorgen danach den Laden schließen.

+++Wir brauchen Ihr Geld+++Bitte spenden Sie für unsere publizistische Arbeit über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Aber jetzt? Weil zwei prominente vermeintliche Unterstützer nicht an Bord kommen wollen?

Zugegeben, Krall und Otte sind in unseren konservativen Milieus Schwergewichte. Ich kenne beide seit vielen Jahren, kluge Köpfe mit einer schon jetzt beeindruckenden Lebensleistung. Hans-Georg Maaßen kenne ich noch nicht so lange, aber beeindruckend finde ich ihn nach Veranstaltungen, Interviews und Einzelgesprächen mit ihm auch.

Es ist ein Ärgernis, dass es nicht möglich zu sein scheint, ein wirkmächtiges Team auf die Beine zu stellen, das die Fünf-Prozent-Hürde gemeinsam für eine bessere Politik in Deutschland überspringt. Gerade Markus Krall mit seiner Atlas-Initiative und Tausenden Libertären hinter sich wäre für die neue Partei ein Pfund.

Man wirft Maaßen vor, dass er die CDU als "Premium-Wunschpartner" für zukünftige Koalitionen bezeichnet hat. Ja, was denn sonst? Die WerteUnion ist eine Basisbewegung, die sich aus den Reihen von konservativen CDU- und CSU-Mitgliedern entwickelt hat. Das sind konservative Christdemokraten, so wie viele konservative Christdemokraten in den schändlichen Merkel-Jahren zur AfD rübergemacht haben.

Ich kenne viele Mitglieder und auch Abgeordnete der AfD, die fast alle früher in der (Kohl-)CDU waren. Ich habe mich mit meinen Schwarmintelligenz-Konferenzen niemals an Brandmauern gehalten, so wie HGM auch keine Brandmauern akzeptieren will. Wenn die WerteUnion in einem Parlament sitzt und einen Antrag einbringt, dem AfD und Grüne zustimmten – dann ist doch entscheidend, dass der Antrag beschlossen wird, oder? So wie bei der Wahl von Thomas Kemmerich in Thüringen zum Ministerpräsidenten entscheidend war, dass ein Bürgerlicher anstelle einen Kommunisten gewählt wurde. Und nicht, wer ihn gewählt hat. Aus meiner Sicht war der Rücktritt Kemmerichs nach drei Tagen für Thüringen und die FDP eine politische Katastrophe. Aber, ich kann es nicht ändern.

Und jetzt sage ich Ihnen, wie ich die Situation sehe

Maaßen hat bei seiner Rede auf dem Gründungsparteitag der WerteUnion den schönen Satz formuliert: "Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner kommt mir vor wie ein #Enkeltrick-Betrüger".

Und genau das ist es. Die CDU gibt sich jetzt ein geschmeidiges gemäßigt bürgerliches Grundsatzprogramm. Friedrich Merz hält wunderbare Reden als Oppositionsführer im Bundestag, und Carsten Linnemann fand ich immer klasse. Aber darum geht es nicht. Es geht nicht um das, was sie sagen und schreiben, es geht um das, was sie tun.

Schauen Sie sich an, mit wem und mit welcher Politik CDU-Ministerpräsidenten wie Wegner, Wüst oder Günther regieren. Das hat nichts mehr mit bürgerlich-konservativ zu tun. Das ist die gleiche linksgrünwoke Soße, die unser Land genau da hingebracht hat, wo es heute steht – nach unten.

Und die AfD? Vorhin habe ich gelesen, was Parteichef Tino Chrupalla über die Witwe des – nennen wir es – zu Tode gekommenen russischen Bürgerrechtlers Alexej Nawalny gesagt hat. Das ekelt mich nur noch an. Und weil ich auch seine Ergebenheitsadressen in der russischen Botschaft am 8. Mai vergangenen Jahres nicht vergessen habe, weiß ich, dass ich nicht dazu gehören möchte. Nicht dazugehören kann.

Bleiben all die anderen kleinen Parteien?

LKR, Zentrum, Blaue...ist das die Hoffnung für unsereins? Bündnis Deutschland ist eine wirklich gute Truppe, seriös, bürgerlich, tolle Leute. Ich hätte mir gewünscht, ja ich wünsche mir immer noch, dass die irgendwie noch an einen Tisch mit der WerteUnion kommen und zusammen kämpfen um die Zukunft unseres Landes.

Aber dazu muss man miteinander reden. Jetzt!

Wenn ich Hans-Georg Maaßen wäre, würde ich zum Gespräch einladen. Auch Markus Krall und seine Atlas-Initiative. Auch das Bündnis Deutschland. Und auch andere. Jetzt ist die Zeit, vielleicht dieses Mal tatsächlich die letzte Chance, unser verkrustetes Parteiensystem aufzubrechen. Die Sozialistin Wagenknecht macht es gerade, Aiwangers Freie Wähler sind stark und eine erfolgreiche konservative WerteUnion in den Parlamenten – das würde nach vielen Jahren endlich wieder frischen Wind in die Bude bringen.

Sprechen miteinander – vor Entscheidungen! Sprechen miteinander – ohne Vorbedingungen" Und hört auf mit persönlichen Eitelkeiten. Deutschland im Jahr 2024 hat keine Zeit mehr für so etwas....